

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 134-2016
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.628

Eingereicht am: 08.06.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Marti (Bern, SP) (Sprecher/in)
Stucki (Bern, SP)
Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Auswirkungen der neusten Entscheide von National- und Ständerat zur Unternehmenssteuerreform III auf die Gemeinden und den Kanton

Im nationalen Parlament sind wichtige Entscheide zur Unternehmenssteuerreform gefallen. Die Kantone, Städte und Gemeinden werden von den zu erwartenden Steuerausfällen stark betroffen sein.

Die Auswirkungen sind nicht für alle Gemeinden gleich. Einige Gemeinden im Kanton Bern haben einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Steuererträgen von juristischen Personen und werden besonders unter den Auswirkungen leiden. Diese Veränderungen werden sich auch auf den innerkantonalen Finanzlastenausgleich auswirken.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Entscheide zur Unternehmenssteuerreform III im Hinblick auf die Auswirkungen auf den Kanton Bern, die Städte und Gemeinden?
2. Wie sind die finanziellen Auswirkungen für die Städte und Gemeinden zu beziffern? Bitte pro Stadt/Gemeinde auflisten (entweder für alle Städte/Gemeinden oder eine repräsentative Auswahl).
3. Wie sind die finanziellen Auswirkungen für den Kanton zu beziffern?

4. Welche Auswirkungen haben die Entscheide des nationalen Parlaments auf den innerkantonalen Finanzlastenausgleich?
5. Wie wirken sich die Entscheide zur USR III auf den nationalen Finanzlastenausgleich aus.

Verteiler

- Wählen Sie ein Element aus
- Grosser Rat